



**Hans-Joachim Otto MdB**

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main  
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien  
des Deutschen Bundestages  
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

# **Pressemitteilung**

## **OTTO: Zusatzbelastungen für den hessischen Mittelstand auf unbestimmte Zeit**

Frankfurt am Main, 20. Oktober 2006.

„In einem persönlichen Anschreiben hatte ich an Herrn Koch appelliert, auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Bad Pyrmont sich für eine Verlängerung des Moratoriums für die Rundfunkgebühr internetfähiger Computer um mindestens zwei weitere Jahre einzusetzen“, erklärt der Frankfurter FDP-Bundestagsabgeordnete **Hans-Joachim Otto**, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages. „In diesen zwei Jahren wäre dann Zeit genug geblieben, das System der Rundfunkgebühren endlich grundlegend zu reformieren. Statt dessen ist die unsinnige PC-Gebühr nun Realität und eine Reformierung des Gebührensystems vage in die Zukunft verschoben worden“.

„Herr Koch hat durch seinen fehlenden Einsatz für den hessischen Mittelstand eindeutig seinen mangelnden Reformwillen unter Beweis gestellt und weiter Vertrauen von den Bürgern und der Wirtschaft verspielt“, zeigt sich Otto überzeugt. „Bis eine Neuordnung des Systems Realität ist, werden mittelständische Unternehmen durch Mehrfachbelastung auf Grund von privater und beruflicher Nutzung weiterhin doppelt und dreifach abkassiert.“

„Das nun anvisierte ‚Gebührenmodell für Haushalte und Betriebsstätten‘ würde diese Mehrfachbelastung sogar zementieren, da z.B. der Freiberufler trotzdem privat und beruflich zahlen müsste“, erklärt Otto. „Nur die von der FDP schon lange geforderte personenbezogene Medienabgabe würde eine echte Abgabengerechtigkeit schaffen und könnte von allen Bürgern mit eigenem Einkommen ab einer bestimmten Höhe ohne zusätzlichen Aufwand von den Finanzämtern eingezogen werden“. Damit würde auch die teure GEZ-Bürokratie wegfallen. Laut einem kürzlich vorgelegten Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages würde die Abgabe zur Deckung des aktuellen Finanzbedarfes der Rundfunkanstalten zwischen neun und elf Euro je Monat liegen.

„Dies hätte auch eine spürbare Entlastung insbesondere für die Frankfurter Mittelständler zur Folge, da wir in Frankfurt die höchste Dichte an internetfähigen Computern bundesweit haben“, so Otto, zugleich Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main.

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 90028568, Fax: 069/ 13819300, Email: roland.philippi@gmx.de  
Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: zeis-pr@t-online.de  
[www.hans-joachim-otto.de](http://www.hans-joachim-otto.de)